Rechtsextreme nutzen Energiekrise für ihre Zwecke

Innenministerium sieht großes Mobilisierungspotenzial

Vom „sozialen Sprengstoff" als Folge der Energiekrise ist dieser Tage oft die Rede. Welche Sprengkraft er haben kann, hat der Geschäftsführer einer Wohnungsgenossenschaft in Sachsen erlebt. Nachdem Falk Kühn-Meisegeier Ende Juni in einem Schreiben an Mieter angekündigt hatte, die Warmwasserzufuhr in ihren Wohnungen auf feste Zeiträume zu limitieren, mobilisierte die rechtsextreme Partei Freie Sachsen auf ihrem Telegram-Kanal gegen das Vorhaben: „Warmwasser abgestellt: Schande von Dippoldiswalde ist neue Eskalationsstufe im Kampf gegen die eigenen Bürger!", empörte man sich und wähnte einen „Vorgeschmack auf den kommenden Energielockdown".

VON DIANA PIEPER

Doch es blieb nicht bei Schuldzuweisungen im Internet. So suchte Freie-Sachsen-Kommunalpolitiker Andreas Hofmann den Geschäftsführer der Wohnungsgenossenschaft persönlich vor den Firmenräumen, später sogar vor der Privatwohnung auf. Um nachzufragen, ob sich Kühn-Meisegeier eigentlich selbst auch rationiere, beteuert Hofmann. Dokumentiert wurde die Aktion in einem Video im Telegram-Kanal der Freien Sachsen mit rund 150.000 Abonnenten. In dem zweiminütigen Film gibt sich der Kommunalpolitiker Mühe, seiner Empörung über den Geschäftsführer Ausdruck zu verleihen, der Mietern vorschreibe, „wann sie duschen dürften", und ihnen „die Heizung abdreht".

Dass im Zentrum der Aktion das Interesse übertumpelter Mieter steht, ist zweifelhaft. Vielmehr sieht es so aus, als ob Rechtsextreme und Verschwörungsideologen infolge der abflauenden Corona-Proteste auf der Suche nach der nächsten Krise mit Protestpotenzial sind. „Es ist ein wesentlicher Teil der Strategie der Freien Sachsen, Themen aufzugreifen, die breite Teile der Bevölkerung tangieren. Dazu gehören insbesondere die sich aktuell abzeichnende Energiekrise sowie die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der bereits grassierenden Inflation", teilt der sächsische Verfassungsschutz WELT mit. Es sei dabei das politische Kalkül, von den sozialen Abstiegsängsten der Bürger zu profitieren. Auch andere Gruppierungen wie die neonazistische Partei Der Dritte Weg versuchten zunehmend, diese Themen in den sozialen Medien aufzugreifen und für ihre verfassungsfeindliche Agenda zu instrumentalisieren.

„Rechtsextreme versuchen, gesellschaftliche Krisen und Spannungslagen für sich zu nutzen", sagt die Sozialpsychologin Pia Lamberty vom Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS). Gerade dort, wo nun Menschen besonders unter den Folgen der Preissteigerungen leiden werden, sieht sie mögliche Einfallstore. In vielen Gruppen der verschwörungsideologischen Szene dominieren derzeit die Themen hohe Inflation und Energieknappheit. Praktisch aus Sicht der Szene: Strukturen und Netzwerke sind bereits vorhanden, genauso wie Kommunikationsräume. Protestaktionen wie die noch immer stattfindenden Montagsdemonstrationen werden einfach umgewidmet. Statt Corona-Protesten geht es nun weiter mit „Spaziergängen" gegen die Energiepolitik der Bundesregierung. „Vom Corona- in den Energielockdown? Wir Bürger wehren uns!", heißt es bei den Freien Sachsen. Fast schon absurd mutet ein Aufruf in Anlehnung an das kommunistische Manifest an: „Frierende aller Länder, vereinigt euch: Es ist Zeit für den Energieprotest!"

Einschlägige Narrative werden ohne viel Aufwand adaptiert: Auch in der Energiekrise wird vor der großen Verschwörung gewarnt, dem „Great Reset" – also der Vorstellung, globale Eliten würden Krisen provozieren, um die Gesellschaft umzubauen. Besonders die Grünen stehen im Verdacht, dass sie den Plan verfolgten, Deutschland zu deindustrialisieren. „Wenn sich Robert Habeck nun hinstellt und vor ‚dem Schlimmsten' warnt, ist das Schlimmste genau das, was seine Politik als Ziel hat", heißt es bei den Freien Sachsen. In einem Beitrag über ein Arbeitspapier des Deutschen Städtetags für Maßnahmen zur Energieeinsparung in Kommunen wittert man den Plan für „ein schrittweises Herunterfahren unseres gesellschaftlichen Lebens. Bis zu einem Energie-Lockdown scheint es nicht mehr weit zu sein." Es sei längst offensichtlich, dass es sich „um die gezielte Agenda der Öko-Extremisten aus der Regierung handelt".

Auch die in der Szene verbreiteten antiliberalen und -westlichen Motive werden aufgegriffen, verbunden mit Kritik an einer als ideologisch motiviert empfundenen Sanktionspolitik der Bundesregierung gegenüber Russland. Ein Narrativ, das in den ostdeutschen Bundesländern stärker verfangen könnte als im Westen, wie Sozialpsychologin Lamberty sagt: „Menschen im Osten stimmen signifikant stärker Verschwörungserzählungen über den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine zu."

Die harte Währung der extremistischen Bewegungen ist aber die Mobilisierung der Massen. Sichtbar wird das auch an der Unterstützung der Bauernproteste in den Niederlanden. Zwar geht es im Kern um die Kritik an einer EU-Richtlinie, argumentiert wird aber auch hier mit den Sanktionen gegen Russland und der Gasknappheit, die die Produktion von Düngemittel erschwere. In deutschsprachigen Gruppen werden seit Tagen Protestaktionen geteilt und als Vorbild gepriesen. Eine Nahrungsmittelkrise könnte schließlich den von Rechtsextremisten erwünschten Systemzusammenbruch auch in Deutschland beschleunigen. „Im verschwörungsideologischen Milieu gibt es die Hoffnung, dass sich die Bauernproteste aus den Niederlanden auch in Deutschland verfangen", so Sozialpsychologin Lamberty. Sie weist auf das Protestpotenzial in der Energiekrise hin: „Wenn die Folgen des russischen Angriffskrieges für Menschen immer spürbarer werden und die Verteilung der Belastung als ungerecht empfunden wird, kann das verstärkt Proteste nach sich ziehen." Gefährlich werde das, wenn Rechtsextreme demokratische Räume für sich nutzen und versuchen, ihre Ideologie stärker in die Gesellschaft zu tragen.

Steht Deutschland ein Protestwinter wie zu Hochzeiten der Pandemie bevor? „Je nach Entwicklung der Energieversorgungs- und -kostenlage ist eine Entwicklung zu einer vergleichbaren Größenordnung möglich", teilt das Bundesinnenministerium mit. Die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern hätten die Entwicklung im Blick.

LEITARTIKEL

Die unvorbereitete Nation

Deutschland wird wirtschaftlich abgehängt, aber keinen interessiert es. Statt gegenzusteuern, predigt die grün dominierte Ampel den Verzicht, gängelt Leistungsträger und blamiert sich mit der Energiewende

ULF POSCHARDT

Das Klügste an Deutschland formuliert in der Regel der Volksmund: Aus Schaden wird man klug. Oder: Man kann nur ausgeben, was man verdient. Oder: Ohne Fleiß kein Preis.

Der sogenannte Volksmund hat nichts zu melden. Er steht im Verdacht, weil er nicht in den weltanschaulichen Komplizenschaften verstrickt ist, die dem Land demnächst ökonomisch das Genick brechen könnten. Die viel bemühte Weisheit der schwäbischen Hausfrau hat zur höchsten Sparquote geführt und, nach den Erfahrungen der Staatsschuldenkrise, zu einer vernünftigen Haushaltspolitik. Abgesehen von den „frugalen Vier" (mit Dänemark, Schweden, Österreich und den Niederlanden) hat das in Europa niemanden interessiert – und so sorgte die EZB mit Anleihenankäufen und billigstem Geld für eine Entwertung des Vermögens der emsigen deutschen Sparer und Rentenversorglinge. Notenbanker wie Jens Weidmann, die das vornehm und zurückhaltend beklagt haben, blieben unter den verschiedenen Merkel-Regierungen weitgehend ohne Rückhalt. Die Konsequenz sind eine monströse Inflation und ein drastischer Euro-Verfall.

In den Krisen seit 2007 wurde nur zu regelmäßig mit üppigem Staatsgeld und einer willfährigen EZB für Ruhe auf Pump gesorgt. Die Reformen blieben weitgehend aus – oder wurden gar, insbesondere in Deutschland, zurückgedreht. Das Sparen ist unbequem, das Schuldenmachen bequem. Noch bequemer wird es, wenn die vernünftigen Stimmen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik von Medien und Kulturbetriebenudeln als kühl, herzlos, unsozial, rechts etc. diffamiert werden. Sind kritische Stimmen erst einmal delegitimiert, rührt sich kein Widerspruch mehr bei Projekten, die progressiv sein sollen, aber vor allem Leistungsträger bestrafen, während Nichtanstrengung belohnt wird. Immer seltener gilt: Jeder ist seines Glückes Schmied.

Trotz 2,36 Millionen Arbeitslosen werden an den Flughäfen Gastarbeiter eingeflogen, weil diese Arbeit hiesigen Transferempfängern offenbar nicht zumutbar ist. Ähnliches gilt für die Rentenpolitik, die mit dem absurd frühen Renteneintrittsalter gegen jeden Common Sense verstößt. Je absurder der Zusammenhang, desto religiöser werden Begriffe wie „Gerechtigkeit" und „Solidarität" bemüht, die nur notdürftig kaschieren, wie viel Sozialpopulismus und Wählerkorrumpierung dahinter durchschimmern. Und das Land altert wacker vor sich hin, so können gegen Rentner längst keine Wahlen mehr gewonnen werden. Wobei ich aus Leserbriefen weiß, dass es sehr viele engagierte Rentnerinnen und Rentner gibt, die nicht wollen, dass ihre Kinder und Enkel für die Sünden der Politik bezahlen.

Gerne ziehen die Deutschen über die USA her. Das gespaltene Land, der Wildwest-Kapitalismus, die Waffen! Doch egal, wie gespalten Amerika sein mag, die Wirtschaft läuft. Der Dollar ist stark, und selbst ein eher alter und schwacher Präsident wie Joe Biden führt souveräner als so mancher junger Moraldarsteller in Europa. Amerikanische Venture-Capital-Geber können hier demnächst zum Schnäppchenpreis einkaufen. Erstmals seit 1991 ist die deutsche Handelsbilanz ins Minus gerutscht – und keine deutsche Firma ist mehr unter den Top 100 der weltweit wertvollsten Unternehmen. Aber es interessiert niemanden mehr.

Stattdessen stehen Kulturkämpfe im Mittelpunkt aufgeregter Debatten, die man sich auch erst einmal leisten muss. Die Gesellschaft soll auf Betreiben der Grünen umgebaut werden, und da geht es dann auch an die eingemachtesten Vorstellungen von Glück, Liebe und Familie. Und das mit einer Brutalität, die sich gerne passiv-aggressiv auslebt, gerne aber auch in einer Rigorosität, die von der neuen Diskriminierungsbeauftragten Ferda Ataman ebenso vorgelebt wird wie vom Queer-Beauftragten Sven Lehmann. In ihren Apparaten werden unzählige Aktivisten verbeamtet. Dahinter stehen Rollenmodelle lieblich anmutender Härte. Die Phänomenologie der Familienministerinnen der Grünen, Frau Spiegel und Frau Paus, illustriert ein Milieu der gehobenen Mittelschicht, die sich selbst stets zu Höherem berufen sah.

> DIE GESELLSCHAFT SOLL AUF BETREIBEN DER GRÜNEN UMGEBAUT WERDEN

Die Grünen sind die Partei des satten Beamtentums und der NGOs, die zunehmend vom Steuergeld finanziert werden. Sie sind die Partei der Medien, die öffentlich-rechtlich finanziert werden, und der Kirchen, die von Kirchensteuern leben. Nach dem evangelischen Kirchentag ist nun auch der Katholikentag ein Line-Extender der Grünen-Parteitage geworden. Es ist eine homogene Angelegenheit, die jeden klassisch linken Soziologen amüsiert hätte. Wenn es noch solche gibt, die zumindest ahnen, dass die Fixierung auf Staatsdiener und deren Lebenslügen für eine zu Innovation und Wachstum verpflichtete Volkswirtschaft nichts Gutes ist. Staatsdiener wie Jens Kerstan, Umweltsenator in Hamburg, der selbst ein Einfamilienhaus besitzt, solche künftig aber in der Hansestadt verbieten will.

Der grüne wirtschafts- und bürgerfeindliche Berliner Senat erlaubt den Regierungsmitgliedern, den Dienstwagen jetzt auch im Urlaub zu nutzen. Da wird es dann fast lustig. Und man muss nicht ewig die Vielfliegerei grüner Chefaktivistinnen bemühen. Es ist wie in einer schlechten Sitcom aus Deutschland. Als Krönung erscheint die deutsche Energiewende, die weltweit belächelt wird. Angst ist kein guter Ratgeber, weiß der Volksmund. In der deutschen Politik führt sie tatsächlich zu kuriosen Entscheidungen. Nach einem mittleren AKW-Unfall in Japan hat eine unterrgengetriebene schwarz-gelbe Regierung die Energiewende angeschoben, die uns nun auf die Füße fällt. Das „Wall Street Journal" sprach bereits 2001 von der „World's Dumbest Energy Policy". Und anstatt das jetzt vor dem Hintergrund eines brutalen Angriffskrieges in Europa, der auch das Ergebnis mieser Merkelscher Außenpolitik ist, zu korrigieren, werden Atomkraftwerke abgeschaltet, können Kohlekraftwerke länger laufen, und die naheliegende (und von Wissenschaftlern ziemlich unisono empfohlene) Fracking-Technologie bleibt verboten. Obwohl wir damit unseren Gas-Durst selbst löschen könnten.

Deutschland wird bei der aufziehenden Rezession krachend auf die Nase fliegen. Die Optimisten glauben, dass sich der Mindset und auch die politische Landschaft schnell neu sortieren. Die Realisten aber sprechen vom ersten Abstieg, von dem wir uns unter Umständen nicht mehr erholen.

ulf.poschardt@welt.de

KOMMENTAR

Wo Joachim Gauck recht hat, hat er recht

SVEN FELIX KELLERHOFF

Die Opposition hyperventilierte. „Das ist ja eine Unverschämtheit!", schrie der grüne Bundestagsabgeordnete Otto Schily. Entgegen allem parlamentarischen Brauch war der ehemalige Terroristen-Anwalt aufgesprungen; der amtierende Präsident musste ihn auffordern, sich wieder zu setzen. Ausgelöst hatte die für den Bundestag unübliche Erregung Heiner Geißler. Denn der CDU-Politiker, seinerzeit in Personalunion Generalsekretär seiner Partei und Bundesfamilien-

frühere evangelische Pfarrer in der DDR die Ideo-

Äthiopien) ab Oktober 1935 vorzugehen, verstand Hitler als klare Aufforderung, seine Ziele selbst mit Gewalt durchzusetzen.

Nicht einmal die 1936 in Deutschland stattfinden Olympischen Winter- und Sommerspiele wurden boykottiert. Im Gegenteil marschierte etwa die französische Mannschaft in das Berliner Olympiastadion mit erhobenem rechtem Arm ein – eine Geste, die zumindest als Hitler-Gruß verstanden